

ROTER



Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands / Marxisten-
Leninisten KPD/ML

MORGEN

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang

September 1969

Preis 40 Pfg.

Jetzt spricht die Arbeiterklasse

Ein weiterer bürgerlicher Mythos ist zusammengebrochen: der Mythos, daß die westdeutsche Arbeiterklasse angeblich völlig "integriert" sei, kein Klassenbewußtsein mehr habe und nicht mehr kämpfen könne. Die umfassendste Streikbewegung seit 1963 hat diesen bürgerlichen Mythos, der auch in der kleinbürgerlich-revolutionären ApO weit verbreitet ist, innerhalb einer Woche völlig zerfetzt und vom Tisch gelegt.

Was bedeutet die gewerkschaftlich nicht organisierte Streikbewegung vom September 1969?

Hier gilt es, "links"radikale Illusionen und Fehleinschätzungen ebenso zu vermeiden wie Revisionismus und Opportunismus.

Zunächst die objektive Situation: in der stahlschaffenden Industrie wie auch im Bergbau war die Position der Arbeiter während der Rezession von 1966/67 besonders schwach gewesen, da in diesen Branchen zu der Produktionskrise noch eine Strukturkrise gekommen war. Der Drohung, auf die Straße gesetzt zu werden, kann kein Arbeiter auf eigene Faust Widerstand entgegensetzen. Die Organisation der Arbeiter jedoch, die reformistische Gewerkschaft, "konzertierte" sich lieber zu Lasten der Kumpels mit den Kapitalistenbossen als daß sie Kampfmaßnahmen zur Abwehr der Kapitaloffensive traf. So kam es zu einer erheblichen Schrumpfung der Reallöhne durch Streichung von Zulagen, Weih-

nachtsgratifikationen usw. So kam es, daß die IG Metall noch im Juni 1968, als die Rezession längst überwunden war, ein ausgesprochen mieses Tarifabkommen abschließen konnte, das zwar sehr gut in die "konzertierte Aktion" zur Steigerung der Profite paßte, die Arbeiter jedoch mit läppischen 5 Prozent abspießte. Sehr bald danach zeigte sich, wie die Kumpels geneppt worden waren: die Stahlkonjunktur überschlug sich wie nie zuvor, es entstand ein schwarzer Markt, auf dem die Richtpreise bis zu 250 Prozent übertroffen wurden - und den Kumpels, die bereits wieder Überstunden in mörderischer Hitze schinden mußten, bekamen noch einmal ganze 2 - sprich zwei Prozent! Daß sie überhaupt weiter stillhielten, liegt nur daran, daß es eben keine völlig "spontanen" Aktionen geben kann, daß wenigstens ein Embryo von Organisation bestehen muß, um einen Arbeitskampf zu beginnen und durchzustehen.

Wie die wirkliche Stimmung bei den Kumpels war, zeigten bereits die von den Gewerkschaften nicht legitimierten Streiks um höheres Weihnachtsgeld in den Krupp-Stahlwerken Essen, Rheinhausen und Bochum zu Allerheiligen 1968. Damals bereits bildete sich jener neue Typ von Streik heraus, der sich nun auf das halbe Bundesgebiet ausgebreitet hat: die Empörung und Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde schließlich von einigen, meisten der DKP nahestehenden Vertrauensleuten unterstützt. Daraufhin wurde die Arbeit oh-

ne Einverständnis von Gewerkschaftsbürokratie und Betriebsrat niedergelegt. Bereits damals zeigte sich jedoch auch schon die eigene Dialektik dieser neuen Streikbewegung: die jungen Arbeiter versuchten nämlich, die Büros zu stürmen und zu besetzen (möglicherweise unter dem Einfluß der Fernsehberichte über die Arbeiterkämpfe in Frankreich), was natürlich auch den Revisionisten zu weit ging und von ihnen verhindert wurde.

Die Rolle des Revisionismus in diesen Streiks ist dabei ein wichtiges Element der Analyse: hierbei ist festzuhalten, daß der Revisionismus ein Ganzes ist, bestehend aus revisionistischer Theorie ("friedlicher Weg" usw.), revisionistischer Organisationsstruktur (Bürokratisierung, Trennung von den Massen) und revisionistischer Praxis (Verrat der Arbeiterklasse durch "Konzertierung" mit der Ausbeuterklasse). Nun ist es jedoch durchaus möglich, daß einzelne der DKP angehörende oder ihr nahestehende Vertrauensleute nur eine revisionistische Theorie haben, nicht aber eine revisionistische Organisationsauffassung und Praxis - anders ausgedrückt, daß sie engen Kontakt zu den Kumpels haben und keineswegs bereit sind, sie zu verraten. Bei diesen Vertrauensleuten wird sich entweder die Theorie der Praxis oder aber die Praxis der Theorie anpassen müssen. Dazu läßt sich bereits jetzt folgendes sagen: die Bourgeoisie hat bereits geschaltet und ihre Konsequenzen gezogen. Am 9. September brachte die FAZ als Aufmacher eine Erpressung der Revisionisten. Unter dem Titel "Wilde Streiks von Linksradikalen geplant und geführt" verbreitete sie Greuelmärchen über angebliche Mordanschläge von DKP-Leuten gegen Manager der Hoesch-Werke. Dieses Elaborat erfüllt einen durchsichtigen Zweck: man droht den Revisionisten an, sie wieder zu verbieten und ihnen damit ihre ganze schöne Wahlkampfmühe zuschanden zu machen, wenn sie nicht ihre Vertrauensleute härter an die Kandarre nehmen. Als Marxisten-Leninisten können wir voraussagen, daß die DKP-Bürokratie diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und entsprechend handeln wird. Wir können also ebenfalls voraussagen, daß auf die entsprechenden Vertrauensleute eine Zerreißprobe zukommen wird.

In den jetzigen Streiks hat die DKP

noch Aktionen in die Hand genommen, die "ein wenig außerhalb der (bürgerlichen) Legalität" waren: sie tat das - nur in der sicheren Annahme, daß diese Streiks sehr rasch zum Erfolg führen würden. Das war bei der jetzigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei den ungeheuren Sonderprofiten der Stahlwerke nicht schwer vorauszusehen. Die DKP erhoffte sich davon einen Prestigegewinn vor den Wahlen sowie eine Stärkung ihrer Position gegenüber der DGB-Bürokratie.

Doch erstens kam es wieder einmal anders, und zweitens als die Herren Revisionisten dachten: Sicherlich hatten sie nicht mit einem "Mai-Effekt" ihrer Aktionen gerechnet. Sicherlich hatten sie nicht damit gerechnet, daß die Bewegung in wenigen Tagen auf Bremen, Niedersachsen, das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern übergreifen würde. Sie hatten den Monopolen einen Nadelstich versetzen wollen, aber sie konnten nicht wissen, daß es einen so lauten Knall gab. Eine Lawine war ins Rollen gekommen: durch den Streik in Geislingen (Baden-Württemberg), wo bereits seit dem 1. September die 8-Prozent-Tariferhöhung offiziell galt, geriet das ganze "konzertierte" Tarifsysteem, das ständig steigende Unternehmerprofite sichern soll, durcheinander. Außerdem griffen die Kumpels zu Kampfformen, die den Revisionisten höchst unheimlich vorkommen müssen: Besetzung strategisch wichtiger Punkte im Werk (Telefonzentrale, Verwaltung) nach dem Vorbild der französischen Klassenbrüder. Die Revisionisten gleichen dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nämlich die Geister des Klassenkampfes, nun nicht mehr beherrscht.

Was folgt nun daraus für die KPD/ML?

Zunächst einmal bewundern wir uneingeschränkt den hervorragenden Kampfgeist der Kumpels in der Stahlindustrie und im Bergbau. Wie oft hatten wir doch im letzten Jahr gehört, "so etwas wie in Frankreich wäre bei uns nie möglich, weil unsere Arbeiter lahm wären". All diese nicht marxistisch-leninistischen Einschätzungen sind nun endgültig widerlegt. Man kann sagen, daß die streikenden Kumpels Marcuse, Habermas usw. ideologisch getötet haben. Die hysterische Propaganda der Bourgeoisie gegen "wilde" Streiks (so nennen sie die berechnete Selbstverteidigung der Arbeiter)

ter gegen die wilde Ausbeutung) zeigt, daß man beim Klassengegner durchaus verstanden hat, daß diese Streiks trotz der rein ökonomischen Forderungen einen bedeutenden Aufschwung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik bedeuten. Wir verurteilen daher "links" radikale Besserwisserie (etwa, wenn bemängelt wird, daß die Hoesch-Arbeiter "So ein Tag, so wunderschön wie heute" sangen) und Phrasendrescherei (wenn abstrakt getadelt wird, der Streik sei "nicht politisiert" gewesen usw.). Wir wissen natürlich auch, daß solche Streiks solange keine weitergehende Perspektive haben können, als sie letztlich von Reformisten und Revisionisten noch, wenn auch nur mit Mühe, kanalisiert werden können.

Daraus folgt für uns die absolute Notwendigkeit, alles, aber auch alles zu tun, damit in absehbarer Zeit in allen wichtigen Fabriken Marxisten-Leninisten jene Rolle des Organisations-Embryos erfüllen können, die augenblicklich - mangels Alternative - noch die DKP spielt.

Wir müssen also begreifen, daß die Streikbewegung vom September 1969 uns schwerwiegende organisatorische Probleme stellt: Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben!

M i t t e i l u n g

Leider war es uns infolge Platzmangels nicht möglich, den für diese Ausgabe angekündigten Artikel: Ernst Thälmann "Die Lehren des Hamburger Aufstandes" erscheinen zu lassen. Wir werden ihn sowie eine Reportage über die Volksrepublik Albanien im nächsten ROTEN MORGEN bringen.

„Ruhig einen totschießen“

Die sadistisch menschenfeindliche Einstellung der herrschenden Klasse gegenüber den werktätigen Massen wurde wieder einmal deutlich in einer Äußerung des Präsidenten des Bundes der deutschen Industrie, Fritz Berg. Angeblich war aufgrund einer Lügenmeldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wie auch der BILD die Frau des Hoesch-Direktors Harders von streikenden Arbeitern bedroht worden. Sie hätte die Arbeiter nur mit der Pistole in Schach halten können.

Berg dazu: "Die hätte doch ruhig schiessen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

Die "Ordnung" kennen wir. Sie wurde uns von 1933 bis 1945 vorpraktiziert. Doch 1969 ist nicht 1937. Wir werden uns auf diese "Ordnung" einzurichten wissen und die Fehler von 1933 und davor nicht wiederholen.

SELBST MIT DEM TEUFEL

Kurz nachdem der australische Außenminister Gordon Freeth in einer außenpolitischen Grundsatzerklärung wissen ließ, daß die australische Regierung sehr an dem von den Sowjetrevisionisten vorgeschlagenen sogenannten kollektiven Sicherheitssystem der asiatischen Länder zur Einkreisung Chinas interessiert sei, gab die Sowjet-Botschaft in Canberra eine Pressekonferenz, auf der man sich in Lob für die australischen Imperialisten "wir begrüßen den zunehmenden Realismus und die Unabhängigkeit der australischen Außenpolitik ..." fast überschlug.

In der von der Sowjetbotschaft herausgegebenen Erklärung heißt es wörtlich: "Wir teilen die Besorgnisse von Außenminister Freeth über die abenteuerliche Politik der Führer in Peking. Die territorialen Ansprüche der Machthaber in Peking an ihre Nachbarländer und ihre chauvinistische Ausrichtung des chinesischen Volkes zum Haß gegen andere Nationen, zeigen ihre weitgehenden Absichten ..."

Was interessiert es die neuen Zaren im Kreml, daß die australischen Reaktionsäre direkte Verbündete der US-Imperialisten sind, daß ihre Truppen genau wie die amerikanischen GI's mordend in Vietnam einfielen. In ihrem Haß gegen das sozialistische China sind sie bereit, sich selbst mit dem Teufel zu verbünden, wie sie es mit den Tschiang-kaischeck-Banditen auf Taiwan bereits tun. Es ist absolut sicher, daß früher oder später das sowjetische Volk sie selbst zum Teufel jagen wird, daß sie so enden werden wie Hitler und seine Kumpane, auf deren Spuren sie wandeln.

Neue Ausfälle der Klassenjustiz

Am 11. Juli 69 wurde Genosse Gernot Schubert in erster Instanz wegen "schweren Landfriedensbruch" zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war bei den Demonstrationen gegen den Terror der Springerpresse aus den Demonstranten heraus verhaftet worden, da er schon früher seit langer Zeit aktiv im SDS und im Vietnam-Komitee gearbeitet hatte. Man wollte offenbar "ein Exempel an ihm statuieren". Die ach so "liberale" 'Süddeutsche Zeitung' lobte in einem speziellen Kommentar das Urteil als "ausgewogen" und stellte das "zu weit gehende" Urteil gegen den Rechtsreferendar und Mitarbeiter der Apo-Rechtshilfe Pohle (15 Monate) gegenüber. Den "Liberalen" ist also der Justizterror durchaus recht, solange er sich "in Grenzen hält". Dabei war es gerade der Zweck der ungeheuerlichen Strafen gegen Pohle usw., den Strafraumen von vornherein in die Höhe zu schrauben. Wer gegen den Terror der Springerpresse demonstrierte, wurde ebenso hoch bestraft wie jemand, der tausende von Menschen umgebracht hat. Unsere einzig richtige Antwort auf den Terror gegen einzelne wichtige Genossen ist die massenhafte Heranbildung von neuen Kadern.

Das Kannibalengesicht der Klassenjustiz wurde auch in dem Prozeß gegen den in Katholischen Laienorganisationen tätigen Friedensfreund Steinbrecher überdeutlich sichtbar. Weil er im Münchner Dom die Kirchenbesucher aufforderte, den Massenmord der US-Truppen in Vietnam nicht tatenlos hinzunehmen, zeigte ihn die Domverwaltung bei der Polizei an. Vor dem Amtsgericht wurde er deshalb wegen "Störung des Gottesdienstes" angeklagt. Der Staatsanwalt meinte, wer gegen den Massenmord protestiere, könne wohl nicht "normal" sein, ließ deshalb das Verfahren aussetzen und den Angeklagten, der sich - für jeden wirklichen Menschen verständlich - frei von jeder Schuld wähnte, "auf seinen Geisteszustand" untersuchen.

Der Staatsanwalt dachte wohl so: Wenn in München ein vielfacher Totschläger ganz normal Bischof werden kann, so ist jemand, der gegen den Massenmord protestiert, eben "nicht

normal". Der Prozeß ist also ein Eingeständnis der Justiz der Monopolkapitalisten, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Westdeutschlands der Massenmörder das normale, jemand der gegen den Massenmord protestiert aber "unnormal" ist.

In Hamburg wurde der 28 Jahre alte kaufmännische Angestellte und SDS-Genosse Günther Schmiedel in einem Schauprozeß nach nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wegen seiner aktiven Teilnahme an Demonstrationen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Daß es zu diesem Terrorurteil kommen würde, stand von Anfang an fest. Hatte doch Hamburgs Innensenator Ruhnau gegenüber Journalisten schon früher erklärt, daß Schmiedel ein Krimineller sei und sein Strafverfahren sich zu einem großen Prozeß ausweiten werde.

Schon Tage bevor das Urteil verkündet wurde, hatten sich - laut eidesstattlicher Aussage - der Gerichtsvorsitzende sowie die beiden Staatsanwälte im Prozeß zu Saufabenden getroffen, bei denen das Urteil ausgekunkelt wurde. Einer der Saufbrüder sagte dabei: "die APO erledigt man am besten mit Maschinengewehren".

Kommentar überflüssig.

Aus den Landesverbänden

Zunehmende Aktivität war das Kennzeichen der politischen Arbeit der Landesverbände und Ortsgruppen der KPD/ML während der letzten Wochen und Monate vor der Wahl. Erstmals fand am 21. August aus Protest gegen den "sozial"-imperialistischen Überfall durch die Truppen des Warschauer Paktes auf die CSSR in Westberlin eine Demonstration statt, die allein auf Initiative und unter Leitung der Roten Garden zustande kam und an der sich über 300 Genossen und Rotgardisten beteiligten. In Hamburg ehrten am 18. August, dem 25. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Genossen und Rotgardisten das Leben und Wirken dieses großen deutschen Arbeiterführers. Dabei kam es vor der Gedenkta-

fel Ernst Thälmanns zu einem Überfall "sozial"-faschistischer Schläger der DKP auf unsere Genossen. Diese Typen scheuten sich nicht, wutschäumend eine von den Genossen mitgeführte rote Fahne mit Hammer und Sichel zu zerreißen, dem Symbol, unter dem Ernst Thälmann so mutig gekämpft hatte.

Zahlreich waren die Flugblätter, die im Zusammenhang mit der Parteilosung "Aktiver Wahlboykott" zur Bundestagswahl erschienen. In einem Flugblatt des Landesverbandes Nordrheinwestfalen unter dem Titel "Schlagt das Bonner Wahlkomplott" wird die Rolle der sich an den Wahlen beteiligenden Parteien erläutert und festgestellt "Alle diese Parteien wollen die Ausbeutung der werktätigen Massen aufrechterhalten". In einem Flugblatt der Ortsgruppe Köln wird auf die Wahl "zwischen mehreren Übeln" eingegangen und festgestellt, daß die Alternative allein in der gewaltsamen Beseitigung des jetzigen kapitalistischen Systems liegt, zu dessen Sturz sich die Arbeiterklasse organisieren muß. In Hamburg wurde der Aufruf zum Wahlboykott mit der Rolle des sozialen und nationalen Verrats verbunden, den beide "deutsche" Regierungen, die Ulbricht-Clique im Osten, Kiesinger, Brandt und Konsorten im Westen verüben. Während in Köln Plakate mit der Aufforderung "Boykottiert die Wahl, schreibt KPD/ML auf den Wahlzettel" erschienen, war das Stadtbild von Hamburg mit Aufklebern übersät, die neben der Boykottlösung zum 'Wahlstreik' aufforderten. Diese Kleber wurden auch in Mannheim, Karlsruhe, Celle und Hannover geklebt.

Doch nicht nur zur Wahl wurde von den Parteigruppen Stellung genommen, sondern auch zur Streikwelle, die die Betriebe erfaßte. In einem Flugblatt der Ortsgruppe München wurde neben dem Aufruf zur Solidarität mit den Streikenden die reaktionäre Rolle der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie entlarvt und der Streik als "die richtige Antwort auf die Scheingefechte der Wahlkampfparteien" herausgestellt. In einem Hamburger Flugblatt zum Streik unter der Überschrift "Schluß mit der Herrschaft der Millionäre und ihrer Lakaien, in Staat, Regierung, Gewerkschaft, Parteien" wird gesagt, daß die deutschen Arbeiter die Behauptung jener, die meinten, die deutschen Arbeiter

seien lahm, voller Angst und verständen nicht mehr zu kämpfen, wie eine Seifenblase zerplatzen ließen. In einem in Kiel erschienenen Flugblatt wird gesagt, daß man einer den Arbeitern feindlich gesinnten Politik von seiten der SPD und der SPD-Gewerkschafter nur begegnen kann, indem sich die Arbeiter organisieren und handeln.

In weiteren Flugblättern der Partei und Roten Garden in München und Köln wandte man sich gegen den drohenden Faschismus, Streben des westdeutschen Monopolkapitals nach Atomwaffen und die "sozial"-imperialistischen Überfälle der Sowjetrevisionisten auf die CSSR und die Volksrepublik China.

Wichtige Nachricht

Noch ist es nicht zur Regel geworden, daß alle Ortsgruppen der Partei über ihre Tätigkeit in Aktionen, kurz, sachlich und analytisch berichten. Dadurch ist es dem Redaktionskollektiv des ROTEN MORGEN nicht möglich, umfassend und vollständig aus der Arbeit der Landesverbände zu berichten. Genossen, denkt daran, daß Eure Erfolge und Erfahrungen wichtig sind für die gesamte Partei.

+

Des weiteren wurde von Genossen berechtigte Kritik an den im ROTEN MORGEN in der Spalte "Zur Diskussion gestellt" veröffentlichten Artikeln geäußert. Was aber nützt es, wenn diese Genossen nur mündlich die Kritik vorbringen, anstatt durch ihren schriftlichen Beitrag zu helfen, ideologische Fragen zu klären beziehungsweise den Arbeitsstil unserer Partei zu verbessern. Die Spalte "Zur Diskussion gestellt" soll uns helfen, vorhandene Widersprüche in der Partei offen zu diskutieren mit dem Ziel: Verbesserung unserer politischen, ideologischen und organisatorischen Arbeit. Natürlich werden wir in ihr nicht Revisionisten, Trotzlisten und Anarchisten das Wort erteilen.

+

Die neue Adresse unserer Org.-Abteilung lautet: Klaus-Uwe Pohlmann, 3 Hannover-Linden, Postfach 20 862. Wir bitten alle Genossen, sich in Organisations-Angelegenheiten an diese Anschrift zu wenden.

USA-GIFTGAS

in Mannheim und Westdeutschland

Die von der KPD/ML Mannheim geforderte Aktionseinheit für die totale Vernichtung des im Mannheimer Trinkwasserschutzgebietes sowie im übrigen westdeutschen Raum gelagerten US-Nerven- und Giftgases wurde von den Vertretern der revisionistischen Renegatenclique abgelehnt!

MANNHEIM. Zur Bildung eines "Bürgerkomitees gegen Giftgas" hatten die beiden revisionistischen ADF(DKP)-Bundestagskandidaten aufgerufen. Erschienen waren alle von den revisionistischen Spaltern der KPD gesteuerten Organisationen und Parteien wie DKP, ADP, DL, DFU, VVN, SDAJ, die in Zusammenarbeit mit der faschistischen Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) das allgemeine Unbehagen und die Empörung der Mannheimer und westdeutschen Bevölkerung über das illegale, verbrecherische Lagern von chemischen Massenvernichtungsgiften durch die US-Imperialisten auf westdeutschem Boden auszunutzen versuchen, um so mit den Stimmen der Arbeiterklasse in den bürgerlich-kapitalistischen Bundestag zu gelangen. Der Altrevisionist, bürgerlich-parlamentarische Funktionär und Stadtrat A. Locherer, der die Versammlung leitete, polemisierte schmähend gegen die nicht eingeladenen revolutionären Vertreter der KPD/ML: "Wo sind sie denn, die Revolutionäre, die ständig das Wort 'Revolution' im Munde führen? Wo sind sie denn, wenn es darauf ankommt?" Als bei diesen Worten eine starke Vertretung der Mannheimer Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit erhobenen Fäusten den Saal betrat, blieb dem revisionistischen Renegaten das Wort im Halse stecken. Alle revisionistischen und auch der faschistische UAP-Vertreter wollten vorerst nicht die Bevölkerung zur direkten Aktion führen, sondern die Giftgaslagerung durch Flugblatt-Aktionen für die Parlamentswahlen nutzbar machen.

Als der Sprecher der revolutionären KPD/ML die DKP, die Mitglieder der revisionistischen KP und die anwesenden

'Marxisten' zur aktiven Aktionseinheit in Form einer militanten Demonstration gegen die US-Imperialisten und deren Bonner Lakaien forderte, lehnten die Revisionisten mit fadenscheinigen Gründen ab. Sie schwätzten von 'langwieriger Vorbereitung', von der 'Unabhängigkeit' der DKP, die sich 'von außen keine Demonstration aufzwingen lasse' etc.

Die revolutionären Genossen der KPD/ML ließen sich jedoch nicht beirren und führten am nächsten Morgen (9. August) zusammen mit revolutionären Einzelkämpfern eine vielbeachtete und von der Bevölkerung positiv aufgenommene Plakatdemonstration durch die Mannheimer Innenstadt durch.

Die Forderungen und Losungen, die in kollektiver Arbeit erstellt wurden, lauteten:

"Vorsicht! USA-Giftgas!" - "Weil der Mannheimer DGB-Vorstand schweigt, müssen wir handeln!" - "Dem Volke dienen!" "Mao Tsetung" - "Giftgas bedroht alle - Protest!" - "Mannheimer! Fordert die totale Vernichtung des Giftgases!"

In der belebten Innenstadt diskutierten die Demonstranten stundenlang mit den Passanten und verurteilten aufs schärfste die Maschenschaften der US-Imperialisten und ihrer westdeutschen Handlanger. Sie erklärten geduldig die Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung: 'Dem Volke dienen!'

Es ist typisch für die revisionistische Clique, daß sie hinterher der Presse und dem westdeutschen Fernsehen gegenüber diese gelungene Aktion, die sie vorher abgelehnt hatten, als die ihre ausgaben!

KPD/ML Mannheim

ZUM ABLEBEN DES PRÄSIDENT HO CHI MINH



An die
Partei der Werktätigen Vietnams

Liebe Genossen!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten übersenden wir Euch anlässlich des Todes des Genossen Ho Chi-minh, des von uns hochgeschätzten Führers Eures tapferen Volkes, die herzlichste Anteilnahme.

Genosse Ho Chi-minh war und ist uns und allen revolutionären Kräften der Welt das Symbol des revolutionären Kampfes, eines kleinen, aber durch seinen unbeugsamen Freiheitswillen gestählten Volkes. Genosse Ho Chi-minhs Tod hinterläßt eine Lücke, die unauffüllbar scheint. Wir alle, die deutschen Marxisten-Leninisten und mit uns alle revolutionären Kräfte unseres Volkes, verneigen uns vor Eurem großen Führer.

Wir wissen jedoch, daß der Geist Ho Chi-minhs nicht gestorben ist. In seinem Namen und in seinem Sinne wird das Volk Vietnams kämpfen, bis der letzte Aggressor aus Eurem Vaterland vertrieben ist - es wird kämpfen, bis die faschistische Theiu/Ky-Bande besiegt ist. Genosse Ho Chi-minh hinterläßt aber auch uns ein Vermächtnis. Das Vermächtnis, unbeugsam den Klassenkampf zu führen, alle Volksfeinde zu verjagen, damit das deutsche Volk in einer einheitlichen Volksrepublik Deutschland einer sozialistischen Zukunft entgegengeht. So wie er sein Leben lang in vorderster Front des Kampfes um die Befreiung seiner vietnamesischen Heimat stand, wollen wir kämpfen gegen Lakaien des räuberischen USA-Imperialismus, die Bonner Bundesregierung, die die verbrecherische Aggression des USA-Imperialismus gegen Euer Volk unterstützt.

Der sowjetische Dichter Nicolai Ostrowski schrieb, als der große Lenin starb:

"Der Tod Lenins machte hunderttausende Arbeiter zu Bolschewisten. Durch das Hinscheiden des Führers war keine Verwirrung in den Reihen der Partei entstanden. Ein Baum, dessen mächtige Wurzeln tief in die Erde eingedrungen sind, geht nicht zugrunde, auch wenn ihm die Spitze abgesägt wird."

Auch der Tod des Genossen Ho Chi-minh wird uns zu neuer Aktivität anspornen. In seinem Geiste und nach seinem Vorbild werden wir kämpfen.

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Zentralkomitee

ZERSCHLAGT DIE IMPERIALISTISCHEN BLITZKRIEGSPLÄNE

Der Blitzkrieg hat nach der imperialistischen Überfällen Israels auf 5 arabische Länder und der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei unter den reaktionären Kräften der Welt neues "Ansehen" gewonnen, nachdem er nach den katastrophalen Niederlagen der deutschen und japanischen faschistischen Blitzkriegs-Führer für mehr als 20 Jahre weitgehend von der Bildfläche verschwunden war. Der Blitzkrieg will durch schnelles Erobern neuer Gebiete mittels der technischen und materiellen Überlegenheit der Imperialisten der Bevölkerung keine Möglichkeit lassen, sich gegen den faschistischen Krieg zu wehren.

Bei der derzeitigen Weltlage kann man die Imperialisten und "Sozial"-Imperialisten ebensowenig an der Auslösung eines Blitzkrieges hindern, wie man etwa Hitler daran hindern konnte. Aber die fortschrittlichen Volksmassen haben derzeit bereits die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit der Anzettelung eines Blitzkrieges durch die Imperialisten zu verringern. Dazu ist es notwendig, die Volksmassen in aller Welt auf den Volkskrieg vorzubereiten. Je mehr die Volksmassen auf einen imperialistischen Blitzkrieg vorbereitet sind, um so geringer ist der Überraschungseffekt und um so geringer sind die Aussichten der Imperialisten, im Blitzkrieg wenigstens Anfangserfolge zu erzielen 1). So etwa haben die US-Imperialisten durch ihre schweren Niederlagen in Vietnam, Laos und Thailand schon in wenn auch klitzekleinen Ansätzen begriffen, daß sie trotz ihrer materiellen Überlegenheit nicht allmächtig sind, sondern selbst von kleinen Völkern schwer angeschlagen werden können (was uns jedoch keinesfalls dazu verleiten darf, unsere Wachsamkeit gegenüber dem US-Imperialismus zu vernachlässigen!) Die Invasion Nord-Vietnams unterblieb vor allem deshalb, weil man wußte, daß dem US-Imperialismus dort noch größere Niederlagen erwarteten als in Südvietnam, da im Norden die gesamte Bevölkerung sich intensiv auf einen Volkskrieg vorbereitet hatte.

Ein großartiges Beispiel für die Mobilisierung der Volksmassen ist die proletarische Kulturrevolution in China, die Hunderte von Millionen Menschen mobilisierte und so einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung eines imperialistischen Weltkrieges darstellte 2). In den sozialistischen Ländern, wie China oder Albanien, ist es notwendig, eine starke Volksarmee zu schaffen. Eine wirkliche Volksarmee besteht auf die Dauer nur dann, wenn sie wirklich mit dem Volk verbunden ist und nicht isoliert vom Volk einen "Staat im Staate" bildet. In der VR China wird diese enge Verbindung durch die Teilnahme der Armee an Industrie, Landwirtschaft und politischer Massenbewegung hergestellt. Diese Teilnahme der Armee an der Produktion und am politischen Leben ist zur Vorbereitung eines Volkskrieges unerläßlich, denn auch im Volkskrieg muß die Armee oft zur Selbstversorgung und zur Hilfe für die Volksmassen Industrie und Landwirtschaft betreiben und die Volksmassen bei der politischen Organisation unterstützen. Eine weitere wichtige Form der Verbindung von Armee und Volk ist die Einheit von Offizieren und Mannschaften. Zu ihrer Stär-

1)

Das uralte Sprichwort "Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor", das oft genug zur Vorbereitung eines Angriffskrieges verwandt wurde, ist in unserem Fall jedoch durchaus richtig, denn es ist offensichtlich, daß die Vorbereitung eines Volkskrieges zur Durchführung eines Aggressionskrieges total ungeeignet ist.

2)

Darüber ist sich auch die Bourgeoisie in einem gewissen Ausmaß klar. So schreibt die bürgerliche Wochenzeitung "Die Zeit" Nr. 36/1969: "Der Vormarsch der Sowjet-Truppen auf Peking) könnte sich im Meer einer feindseligen, fanatischen und auf den Partisanenkrieg vorbereiteten Bevölkerung verheddern und Moskau ein Supervietnam bescheren".

kung diente auch die Abschaffung der Rangabzeichen in der chinesischen Volksarmee 3). Die Soldaten müssen im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen werden. Die ausländischen Gefangenen und die Zivilbevölkerung auch der feindlichen Länder müssen in ihrer Mehrheit als für den Sozialismus gewinnbare Volksmassen betrachtet werden. Im Falle eines Blitzkrieges ist zuerst zwar der Hauptkampfschauplatz - ähnlich wie unter Hitler - das Gebiet der sozialistischen Länder. Später aber werden die Truppen des Fortschritts unvermeidlich das Übergewicht erhalten und so immer mehr auf das Gebiet der imperialistischen oder "sozial"imperialistischen Angriffsländer oder ins übrige Ausland gelangen, ähnlich wie im zweiten Weltkrieg Stalins Truppen nach Mitteleuropa oder die Albanische Volksarmee in das von Hitler besetzte Jugoslawien. Unabhängig vom Ausmaß des revolutionären Bewußtseins der betreffenden Bevölkerung müssen die Volkstruppen unbedingt eine freundschaftliche Haltung gegen die Volksmassen einnehmen, um so die imperialistische Führung zu isolieren 4). Eine solche Haltung der Volksarmee führt keineswegs zu Nachteilen, sondern wirkt sich sowohl militärisch als auch politisch sehr vorteilhaft für den Volkskrieg aus. Es ist selbstverständlich, daß die Volksarmee die bestmöglichen Waffen haben muß, deshalb wurde die chinesische Volksbefreiungsarmee auch mit modernen Kern- und Raketenwaffen ausgerüstet 5). Der Vietnamkrieg hat uns aber allen noch einmal eindringlich gezeigt, daß die Theorie Mao Tsetungs, daß der menschliche Faktor im Krieg wichtiger ist als die Qualität der Waffen, vollkommen richtig ist. Deshalb ist auf die ideologische und politische Erziehung der Volksarmee das Hauptgewicht zu legen. Die Armeeangehörigen müssen erkennen, daß Furchtlosigkeit und Tapferkeit im Kampf gegen den Imperialismus die Verluste im Kampf verringern und den Krieg verkürzen. Sie müssen ebenso wie die übrigen Volksmassen wissen, daß "wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich" (Solidaritätslied von Brecht).

Neben der Volksarmee muß in den sozialistischen Ländern auch die gesamte übrige Bevölkerung mobilisiert werden. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Volksmiliz, die bereits in Friedenszei-

ten aufgestellt und ausgebildet werden muß. Die Miliz hat den großen Vorteil, daß sie das örtliche Gelände genau kennt und mit den örtlichen Massen besonders eng verbunden ist. Aufgabe der Miliz ist es, dem imperialistischen Feind keinen einzigen Fleck im Lande zu lassen, auf dem er sich sicher bewegen könnte. Die Macht der Miliz muß so stark sein, daß es nicht einmal ehemalige Kapitalisten und Gutsbesitzer wagen, mit den Imperialisten zusammenzu-

3)

In der chinesischen Roten Armee und in der Volksbefreiungsarmee existierten früher keine Rangabzeichen; sie wurden zu Beginn der 50er Jahre nach osteuropäischen Vorbildern eingeführt, später aber unter Verteidigungsminister Lin Biao abgeschafft.

4)

Diese Linie wurde auch im 2. Weltkrieg von Stalin vertreten; andere Leute - z.B. Ehrenburg - versuchten jedoch eine chauvinistische Linie in die Rote Armee zu bringen. Obwohl Stalins Linie damals den Sieg davontrug, stiftete die nationalistische Haltung von Ilja Ehrenburg und Co. großen Schaden, stärkte den Faschismus und schwächte verschiedentlich den proletarischen Internationalismus. Vgl. dazu das im Schreiben der KPdSU an die KPJ vom 4. Mai 1948 zitierte Telegramm Stalins an Tito; Stalin führt dort aus, in der Roten Armee habe es 1945 "mißratene Glieder" gegeben; solche Erscheinungen dürfe man aber nicht verallgemeinern. Vgl. auch Kuby "Die Russen in Berlin", wo der linksbürgerliche Autor versucht, das Problem von einem "neutralen" Standpunkt aus zu betrachten. Es hätte sich für die Rote Armee sicher von Anfang an sowohl politisch als auch militärisch positiv ausgewirkt, wäre die chauvinistische Linie Ehrenburgs noch stärker bekämpft und ganz eliminiert worden.

5)

Die VR China hat jedoch als einzige Atomwaffenmacht der Erde eine Erklärung abgegeben, niemals - ganz gleich unter welchen Umständen - als erste Atomwaffen einzusetzen. Die Sowjetunion hat sich bisher dagegen strinkt geweigert, eine solche Erklärung abzugeben, will also u.U. auch von sich aus mit einem Atomkrieg beginnen. Ebenso ist es mit den USA, Großbritannien und Frankreich.

arbeiten. Für desertierte Soldaten der Imperialisten muß die Miliz Verstecke und Verpflegung organisieren. Sie hat die beste Möglichkeit durch Agitation und Propaganda die imperialistischen Truppen zu zersetzen. Sie muß verstehen mit Hilfe der örtlichen Bevölkerung ihren eigenen Bedarf an Waffen und Munition herzustellen. Sie muß an Waffen aller Art ausgebildet sein, um alle von den Imperialisten erbeuteten Waffen benutzen zu können. An einem Volksmiliz-Wettbewerb der chinesischen Provinz Schantung beteiligten sich im Oktober 1964 etwa 1300 Milizionäre, von Beruf Arbeiter, Bauern, Fischer, Funktionäre, Studenten, Schüler, Künstler. Man probte sowohl Infanterie als auch Artillerie, Panzer, Pionierarbeiten, Kavallerie 6), Fallschirmspringen, Aufklärungs- und Nachrichtendienst. Zahlreiche Teilnehmer waren Frauen und Mädchen. Ein Teil war noch in sehr jugendlichem Alter 7). Die Erziehung der Jugend dient gleichzeitig für die Heranbildung von Nachwuchs für die Volksarmee. Gleichzeitig ist die Volksmiliz ein wichtiges Instrument des Volkes zur Stärkung der Volksmacht. Wenn das Volk bewaffnet ist, steht es auch, falls im Staat eine reaktionäre Clique mit Hilfe des Auslandes an die Macht kommt, nicht hilflos da, sondern kann sich jederzeit bewaffnet wehren. Die Volksmiliz kann alle diese Aufgaben nur erfüllen, wenn sie ideologisch gefestigt ist. Deshalb ist die politische Schulung auch eine wichtige Aufgabe der Miliz. Jede Festigung der ideologischen Einheit der fortschrittlichen Volksmassen im Marxismus-Leninismus und seinem heutigen Ausdruck, den Lehren Mao Tsetungs, bringt den Sieg näher und verkürzt den imperialistischen Krieg. Daneben müssen auch die militärischen Theorien der Arbeiterbewegung - wichtig sind auch hier vor allem die Ideen Mao Tsetungs - studiert und angewendet werden.

In den vom Imperialismus und "Sozial"-Imperialismus 8) ausgebeuteten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist die Vorbereitung und Durchführung des antiimperialistischen Befreiungskampfes die beste Möglichkeit, einen Weltkrieg zu verhindern. Wenn die Imperialisten in vielen Ländern durch einen langwierigen Volkskrieg verschlissen werden, wird das ihre materiellen Möglichkeiten verkleinern und sowohl in ihren Armeen (Befehls-

verweigerungen sind heute in der US-Aggressionsarmee in Vietnam alltägliche Erscheinungen) als auch in ihren Bevölkerungen Widerstand gegen den imperialistischen Krieg wachrufen. Heute gibt es den antiimperialistischen Befreiungskampf außer in Vietnam schon in vielen Ländern: Laos, Thailand, Burma, Malaya, Indien, Palästina, Nord-Guinea, Angola, Mozambique, Kolumbien und in manch anderen Gebieten. Auch hier sollte stets neben einer Volksbefreiungsarmee auch eine örtliche Miliz geschaffen werden. Diese Befreiungskämpfe haben eine unmittelbare Wirkung zur Mobilisierung der Volksmassen in den industriell entwickelten Gebieten Europas, Nordamerikas und Ozeaniens. In unserm eigenen Interesse ist es daher, wenn wir den dreikontinentalen Befreiungskampf tatkräftig unterstützen. Wichtig dabei ist, daß wir in den imperialistischen

6)

Die Kavallerie ist im Volkskrieg im Gegensatz zum imperialistischen Blitzkrieg auch heute durchaus brauchbar.

7)

Hier ist ein Ansatzpunkt für die Entrüstung von Heuchlern und Scheinheiligen. Es ist auch für Kinder besser, sich zu wehren, als sich von den Imperialisten hilflos mit Napalm verbrennen zu lassen.

8)

Die "Sozial"-Imperialisten haben zwar außer in der Mongolei bisher noch kaum Truppen in der "Dritten Welt" stationiert, liefern aber fleißig Waffen an einheimische Reaktionäre. So benützen z.B. die Reaktionäre in Indien und Burma schon seit langem sowjetische Waffen bei ihrem Kampf gegen die Kräfte der antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Teilweise gibt es aber schon sowjetische "Touristen" (ähnlich wie früher US-"Touristen" im Kongo) und sowjetische "Berater" (wie früher US-"Berater" in Vietnam), die militärische Aufgaben erfüllen. Dies wurde teilweise bekannt, da sich im Frühjahr 1969 ein sowjetischer "Berater" - trotz Anweisung durch die indischen Reaktionäre - zeitweise weigerte, mit seinem Hubschrauber von Indien aus auf chinesisches Gebiet zu fliegen, um dort provokatorische Akte auszuführen.

bewaffneten Kräften so wirken, daß diese unfähig werden, Angriffskriege zu führen oder zur Herstellung einer faschistischen Terrorherrschaft zu dienen. Dieses Ziel kann nur durch eine breite Massenbasis mit klarer ideologischer Zielsetzung erreicht werden. Die Organisierung einer marxistisch-leninistischen Partei und Jugendorganisation, die ihrerseits dann auf die übrigen Volksschichten einwirken und sich mit ihnen verbünden, ist also weit mehr Arbeit für den Frieden als jedes pazifistische Geschwätz 9) und jede Petition an den Bundestag 10).

Wenn jeder von uns seine revolutionäre Pflicht erfüllt, so haben wir gute Aussicht, von Blitz- und Weltkriegen weitgehend verschont zu bleiben. Wir Marxisten-Leninisten lieben den Weltkrieg ebensowenig wie Pest und Cholera. Aber wir wissen auch, daß die Volksmassen derzeit die Reaktionen an der Anzettelung eines Welt- oder Blitzkrieges nicht gänzlich hindern können. Deshalb müssen wir stets auf das Schlimmste gefaßt sein, um auch in den Stunden, in denen den Völkern aller Länder größte Gefahr droht, die Volksmassen mutig und furchtlos zum Sieg führen zu können 11).

Huang Yung-scheng, der Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee sagte am 1. August 1969 (zum 42. Jahrestag der Gründung der VBA): "Wir haben ausreichende Vorbereitungen getroffen, wir müssen darauf gefaßt sein, daß sie (der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus) einen Krieg in großem Ausmaß und sehr bald vom Zaune brechen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß sie einen Krieg mit konventionellen Waffen entfesseln, als auch darauf, daß sie einen großen nuklearen Krieg entfachen."

Unsere Hauptaufgaben sind dann alle Maßnahmen der herrschenden Klasse, die den imperialistischen Krieg unterstützen, zu unterbinden und die vom Imperialismus oder "Sozial"-Imperialismus angegriffenen Völker zu unterstützen. Alle imperialistischen oder "sozial"-imperialistischen Organisationen, die den imperialistischen Krieg unterstützen, müssen energisch bekämpft und zerschlagen werden. Wir müssen die breiten Volksmassen und alle sonstigen Kreise, die einem Weltkrieg wirklich ablehnend gegenüberstehen, zu einer einheitlichen Frontstellung gegen den imperialistischen Krieg,

zur Hilfe für die Angegriffenen und zur Abwehr des dann - noch mehr als heute - drohenden Faschismus vereinigen.

Die Imperialisten begannen den 1. Weltkrieg; an seinem Ende stand die Sozialistische Oktoberrevolution.

Die Imperialisten begannen den 2. Weltkrieg; an seinem Ende stand die Chinesische Revolution.

Wenn die Imperialisten oder "Sozial"-Imperialisten einen 3. Weltkrieg vom Zaun brechen, werden sie unvermeidlich noch größere Niederlagen erleiden.

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG

9)

Hierbei ist der linksbürgerliche Pazifismus, der in gewissen Zeiten unser Verbündeter sein kann, streng von dem imperialistischen "Pazifismus" zu unterscheiden. Wenn Strauß, Kennedy oder Hitler vom Frieden reden, so gilt voll und ganz Stalins folgende Bemerkung: "Die Imperialisten verfolgen mit dem Pazifismus nur ein Ziel: die Massen mit tönenden Redensarten über den Frieden zu betrügen, um einen neuen Krieg vorzubereiten." "Ohne diesen Pazifismus ... ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich."

10)

Wichtig zu erkennen ist vor allem die janusköpfige Aktivität von ADF, DFU und DKP. Während ihre Aktionen einerseits manchen unpolitischen Bürger zum Denken anregen kann, muß doch gesehen werden, daß jede Stärkung dieser Parteien eine Erhöhung der Kriegsgefahr darstellt. Die drei obigen Parteien müssen als Verbündete des "Sozial"-Imperialismus angesehen werden. Jede Stärkung dieser Parteien steigert also die Kriegsgefahr. Bei unserer politischen Arbeit müssen wir aber auch davon ausgehen, daß ein großer Teil der Mitglieder dieser Organisation subjektiv durchaus fortschrittlich eingestellt sind.

11)

Gerade uns deutschen Marxisten-Leninisten sollte die Unvorbereitetheit des revolutionären Flügels der SPD bei Kriegsausbruch 1914 eine ernste Warnung sein.

Die Führer der DDR betreiben Geschichtsfälschung

Bertolt Brecht nannte auf die Frage, welches Buch auf ihn 1954 den stärksten Eindruck gemacht hätte: "Über den Widerspruch" von Mao Tsetung (vgl. Brecht, Gesamtausgabe Band 20 S. 343). Solange die DDR noch ein sozialistisches Land war, erschienen dort eine ganze Anzahl Schriften von Mao Tsetung, darunter auch die vierbändigen Ausgewählten Werke. Heute dagegen wäre Bertolt Brecht - lebte er noch - gezwungen, sich seine Lieblingslektüre auf "illegale" Weise zu beschaffen. Die Führer der SED haben, um das Volk der DDR besser in Gewalt zu bekommen, jegliche Veröffentlichung der modernen marxistisch-leninistischen Literatur eingestellt. Aber nicht nur das, das Volk der DDR wurde - wie zu Hitlers Zeiten - aufgefordert, solche Literatur - z.B. auch die Werke Stalins - aus seinen Bibliotheken zu entfernen. Jegliche Einfuhr solcher Literatur ist verboten und wird verfolgt.

Ganz anders ist es in der Volksrepublik China. Dort hat die Bevölkerung nicht nur die selbstverständliche Möglichkeit, die gesamte marxistisch-leninistische Literatur zu studieren, sondern kann sich auch aus erster Hand über die "Werke" der modernen Revisionisten unterrichten. So werden etwa in Peking die "Gesammelten Werke" von Chruschtschow herausgegeben. Immer wieder veröffentlicht man ungekürzte Erklärungen der modernen Revisionisten, damit sich jeder selbst eine Meinung bilden kann. Da in China zwischen Volk und Regierung keine antagonistischen Widersprüche - wie etwa in der DDR - bestehen, kann man dem Volk ruhig reinen Wein einschenken.

Die Unterdrückung der neueren marxistisch-leninistischen Literatur genügt den Führern der DDR aber nicht, deshalb gehen sie schon seit längerer Zeit zur offenen Geschichtsfälschung über. Eine der altbekannten reaktionären Methoden ist das Gegenüberstellen eines ("guten") toten Revolutionärs gegen einen ("bösen") lebenden. 1917 etwa konstruierte die Reaktion einen Gegensatz zwischen Marx und Lenin; später dann zwischen Lenin und Stalin.

Die DDR-Führer sind nun eifrige Schüler der Reaktion. Sie konstruieren einen "Widerspruch" zwischen Mao Tsetung und dem 1927 von der Reaktion ermordeten Li Da-dschao. Zu diesem Zweck gaben sie vor kurzem eine Sammlung von Zeitungsartikeln von Li Da-dschao heraus, um im Vorwort ihre geschichtsfälschenden Verdrehungen unterbringen zu können. Der Versuch, Mao und Li gegeneinander auszuspielen, ist jedoch so stümperhaft, daß er außer in DDR-Kindergärten kaum auf Glauben stoßen wird.

Li Da-dschao war einer der 12 Gründungsdelegierten der KP Chinas. Vorsorglich verschweigt die DDR-Broschüre, daß auch Mao Tsetung darunter war und schreibt statt dessen, es sei eine "grobe Verfälschung der historischen Wahrheit", Mao Tsetung als Gründer der KP Chinas zu betrachten. Wie lächerlich die Behauptung der DDR-Führer ist, zeigt ein Blick in die Presse der Komintern aus dieser Zeit. So bezeichnet schon die "Internationale Presse-Korrespondenz" - eine Zeitschrift der Komintern - (1930 Nr. 26 S. 634) Mao Tsetung als "Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas und Begründer der Partisanentruppen und der Roten Armee". Wer fälschte also Geschichte - die Komintern 1930 oder die DDR-Führer heute?

Die Artikel von Li Da-dschao sollen vor allem zeigen, daß Li Da-dschao ein Freund der Sowjet-Union war. Hier will man offenbar einen Gegensatz zu Mao Tsetung konstruieren. Dies ist natürlich nur auf dem Hintergrund der brutalen Unterdrückung der Werke Mao Tsetungs in der DDR möglich, da sich niemand dort darüber informieren kann, daß Mao Tsetung - solange die Sowjet-Union ein Arbeiter- und Bauernstaat war - stets ein glühender Freund der Sowjet-Union war und auch heute ein aufrichtiger Freund des sowjetischen Volkes ist:

"Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die KPdSU wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Führung in Partei und Staat der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen,

die breiten Massen der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie für die Revolution sind und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird."

REVISIONISTISCHES

Trotz eigener Autoproduktion will die CSSR demnächst 1.500 Volkswagen importieren. Kundendienst-Stationen des VW-Werks wurden bereits in Prag und Bratislava eingerichtet.

+

Infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat sich die Zahl der Bettler in der UdSSR sprunghaft erhöht. Nach offiziellen Veröffentlichungen gibt es diese Bettler, die jeder Tourist mit eigenen Augen sehen kann, jedoch nicht. Es handelte sich, so wird erklärt, bei diesen Menschen um "asoziale Elemente". Eigenartig, daß es diese "Elemente" unter Stalin bereits nicht mehr gab. Sicher sind sie eine Erscheinung des sowjetrevisionistischen Übergangs zum Kommunismus.

+

Aus Steuermitteln hat das Bonner Auswärtige Amt dem sowjetrevisionistischen Botschafter Zarapkin verstärkte Schutzbauten im Botschaftsgebäude der UdSSR in Rolandseck anbringen lassen. Grund: Seit dem Überfall auf die CSSR fürchtet Zarapkin den Zorn der Demonstranten.

+

Die sich als "links" und "demokratisch" bezeichnende "Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) hat im gesamten Bundesgebiet unter ihren Spitzenkandidaten der Länder zur Bundestagswahl nur einen Arbeiter. Der Rest setzt sich aus Hochschullehrern, Pfarrern, Redakteuren und ähnlichem zusammen.

+

Die im Westen brandende "Sex-Welle", die die Aufgabe hat, die Volksmassen vom Kampf um ihre Befreiung abzulenken, hat jetzt auch in Ungarn Einzug gehalten. Die Titelbilder der Illustrierten wetteifern darin, junge Mädchen soweit ausgezogen als irgendmöglich zu zeigen. Im Fernsehen, Kino, Theater, regieren Kitsch und Schund. Längst abservierte bürgerliche Autoren feiern ihr comeback. Gruppensex, bei dem Mädchen in Banden unter den männlichen Mitgliedern

nicht wählen dürfen, sind die Regel. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten hat sich gegenüber 1959 verdreifacht.

ARBEITSLOSENIMPORT AUS DEM OSTEN

Schon lange kann man Jugoslawien nicht mehr als sozialistisches Land bezeichnen. Nachdem dort der Kapitalismus im weitesten Umfang restauriert worden war, trat als Folge die ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. 700'000 jugoslawische Arbeiter in Westdeutschland sprechen für sich.

Daß diese Entwicklung mit zunehmender Rekapitalisierung in den revisionistischen Ländern in Erscheinung treten würde, war vorauszusehen. Wie bekannt wurde, liegt in Westberlin ein Angebot der CSSR vor, für die Westberliner Bauwirtschaft Arbeiter und Maschinen zur Verfügung zu stellen. Die revisionistische Führungsclique der CSSR hofft durch diesen Menschenhandel zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einmal erhofft man sich eine zusätzliche Devisen-Einnahme, zum anderen die im Zuge der Massenentlassungen in volkseigenen Betrieben frei werdenden Arbeitskräfte unterzubringen.

NA-ZIONISMUS

Auf einer von arabischen Studenten, die El Fatah nahestehen, veranstalteten Podiumsdiskussion am 2. August 1969 im Münchener Klub Eugen Leviné erklärte der westdeutsche Zionist Herbert Liebmann, daß man den linksliberalen israelischen Abgeordneten Uri Avnery, der vor einiger Zeit im SPIEGEL einen Fortsetzungsbericht über Israels Expansionspolitik veröffentlichte, für diesen Artikel "nur am nächsten Baum aufknüpfen könne".

Auch mehreren anderen nichtzionistischen Juden wollte der Zionist diese "Sonderbehandlung" angedeihen lassen. Allen jenen, die bisher noch Illusionen über den Zionismus hatten, waren die faschistischen Mordwünsche Liebmanns eine heilsame Lehre.

Die Revisionisten und Stalin

In den letzten Monaten konnte man oftmals in der bürgerlichen Presse lesen, daß die Sowjetführer sich bei verschiedenen Gelegenheiten auf Stalin berufen hätten. Für diese Zeitungen schien es wohl so, als ob die jetzigen Revisionistenbosse die verräterische Linie nach dem XX. Parteitag über Bord geworfen hätten. "Stalin-Renaissance geht weiter" (Frankfurter Rundschau, 25.2.69), "Stalins Rehabilitierung ist jetzt vollständig" (Daily Telegraph, zitiert in Bild, 6.2.69), "Die Sowjetunion kehrt zum Stalinsismus zurück!" (Bild, 6.2.69), "Der Abbau liberaler Errungenschaften aus der Chruschtschow-Ära geht weiter" (Frankfurter Rundschau, 12.2.69) - so hieß es in den Zeitungen. Wie steht es in der SU nun wirklich um Stalin? Wird er, der große Revolutionär und Marxist-Leninist, der Held im Großen Vaterländischen Krieg, der Befreier Osteuropas vom Hitlerfaschismus, der Erbe Lenins, von den Revisionisten als Marxist-Leninist verehrt oder warum loben sie ihn sonst?

Auf dem XX. Parteitag 1956 warf Chruschtschow endgültig die marxistisch-leninistische Linie Stalins über Bord. Stalin hatte nach Lenins Tod fast 30 Jahre lang die KPdSU und die Sowjetunion gegen alle Gefahren entschlossen verteidigt und in der SU den Sozialismus aufgebaut. Natürlich hatte Stalin auch Fehler, aber seine Verdienste sind weit höher zu bewerten. Chruschtschow ersetzte die ideologische Auseinandersetzung mit Stalin durch Schimpfwörter. Er bezeichnete ihn als "Mörder", "Verbrecher", "Bandit", "Hasardeur", "Despot à la Iwan der Schreckliche", "der größte Diktator in der Geschichte Rußlands", "Schuft", "Idiot" usw. (siehe 'Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung' Peking 1965, Seite 141). Anfang dieses Jahres hieß es im theoretischen Organ der KPdSU "Kommunist": "Nicht ein Krümel bleibt von den Fälschungen (Chruschtschows) zurück."

Es mag für einige scheinen, als wären die Revisionisten der SU zu Stalin zurückgekehrt und hätten den Revisionismus über Bord geworfen. In Wirklichkeit

benutzen sie aber Stalin genau wie Lenin, Marx und Engels dazu, ihre revisionistischen Verbrechen mit einem Schein von Marxismus-Leninismus zu verschleiern. Das Organ unserer albanischen Bruderpartei, die Zeitschrift 'Zeri i Popullit' schrieb: "Die Analyse der Tatsachen zeigt, daß von einer Überprüfung der revisionistischen Position seitens der Führung der Sowjetrenegaten keine Rede sein kann. Alle ihre Anstrengungen, um den Eindruck zu erwecken, daß sie angeblich zu der alten stalinschen Position zurückkehren, sind ein großer Bluff." (9.1.69)

Die Sowjetrevisionisten sehen sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Der ganze Staatsapparat ist korrupt, die Wirtschaft teilweise kaum noch in der Lage, die Versorgung des Sowjetvolkes mit den lebensnotwendigsten sicherzustellen. Chruschtschow lobte seinerzeit Lenin und verdamnte Stalin (obwohl ihn von Lenin Welten trennten), Breschnew und Konsorten berufen sich jetzt wieder auf Stalin (obwohl ebenfalls beide entgegengesetzte Weltanschauungen vertreten). So greifen sie zwecks Volksverdummung auf Stalin zurück und beschimpfen andere Revisionistencliquen, die nicht länger Lakaien des Kreml sein wollen als "Revisionisten" (z.B. Dubcek). Sie schieben das, was sie selbst getan haben und tun, den anderen in die Schuhe. Als bürgerliche ideologische, antimarxistische und konterrevolutionäre Strömung ist der Revisionismus so stark diskreditiert, daß auch die Häupter des Revisionismus selbst, vor allem jene der SU, den Ausdruck "Revisionist" gebrauchen, um ihre ungemäßigteren und liberaleren Alliierten zu kritisieren. Manchmal entfällt ihnen sogar irgend ein Wort, das der Revisionismus heute die Hauptgefahr bildet und der Kampf gegen ihn - die Hauptaufgabe sei.

Um ihre revisionistischen Parteiencliquen als Lakaien zu behalten, versuchen die Sowjetrevisionisten Stalins Rote Fahne zu erheben. Aber auch dieses schändliche Manöver wird ihnen nicht weiter helfen. Stalins Banner weht weiter, aber nicht im revisionistischen

Kreml, sondern in China und Albanien, es weht überall dort, wo Revolution gemacht wird. Die ganze Demagogie der angeblichen Bekämpfung des Revisionismus und der angeblichen Rückkehr zu den leninistisch-stalinistischen Stellungen, braucht die revisionistische Sowjetführung, um ihre vollständige Umwandlung in eine sozialfaschistische Clique zu tarnen. Stalin gehört der Proletarischen Revolution! Stalin gehört uns!

Weite Verbreitung von Rauschgift in den USA

Der Gebrauch von Rauschgift ist in den USA weit verbreitet. Dies ist ein zusätzliches Anzeichen, daß der US-Monopolkapitalismus durch und durch verfault ist. Wegen der ständigen Verschärfung der Klassenwidersprüche versucht das US-Monopolkapital mit verdoppelter Energie das Volk zu entmutigen und zum Gebrauch von Rauschgift zu verleiten, um sie von der Realität des Klassenkampfes fortzulocken. Die US-Monopolistenklasse gibt Berichten über den Gebrauch von Rauschgiften große Verbreitung, vor allem in Zeitungen, Zeitschriften, Filmen und im Fernsehen. Rauschgift wird in vielen Teilen der USA angebaut bzw. hergestellt. Die Banden der Rauschgift Händler arbeiten eng mit der Polizei beim Rauschgiftverkauf zusammen. An einem einzigen Tag Ende Juni 69 starben allein in New York City 24 Personen am Rauschgift.

Die US-Monopolkapitalisten verbreiten den Rauschgiftverbrauch auch unter den US-Aggressionstruppen in Vietnam, um die amerikanischen Soldaten im Rauschzustand zu lebensgefährlichen Einsätzen zu verleiten. "Newsweek" enthüllte vor kurzem, daß mindestens 15 % der US-Aggressions-Truppen in Vietnam Rauschgift gebrauchen und daß es besondere Transporte in Armee-Lastwagen und Hubschraubern für Rauschgiftzufuhr zu den US-Soldaten gibt.

Die US-Monopolistenklasse greift auf Rauschgift zurück, um ihre Herrschaft zu behaupten. Dies zeigt deutlich, daß sie am Ende ist und daß das amerikanische Gesellschaftssystem durch und durch verfault ist. In nicht zu ferner

Zeit wird sich das amerikanische Volk erheben und die US-Monopolistenklasse samt dem Rauschgift, das sie verkauft, auf den Misthaufen der Geschichte werfen.

SKANDAL IN ATHEN

Nicht den Fall des Sportlers Jürgen May meinen wir. May, der vor zwei Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik überwechselte und gegen den man aus diesem Grunde anlässlich der Europäischen Leichtathletik-Meisterschaften in Athen ein Startverbot erließ. Das sind Intrigen am Rande eines Ereignisses, das peinliche Erinnerungen an das Jahr 1936 wach werden läßt.

1936 fanden die Olympischen Spiele in Berlin statt. Diese Spiele dienten dem Hitler-Regime dazu, sein faschistisches System von Blut und Terror zu kaschieren und der Weltöffentlichkeit ein Bild der Eintracht aller Deutschen und ihres Strebens nach Frieden und Völkerfreundschaft vorzugaukeln. Während die 100-Meter-Läufer, voran der USA-Sportler Jesse Owens, ihrem Sieg auf der Aschenbahn zueilten, waren in den Kerkern der Gestapo, in den KZs hunderttausende Deutsche grausamsten Mißhandlungen und Foltern ausgesetzt. Fast alle großen Nationen beteiligten sich an dieser Aufwertung der Nazi-Diktatur durch ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen. Nur die Sowjetunion unter Stalin blieb dieser faschistischen Monster-Schau fern.

Wie anders die heutigen Machthaber im Kreml und ihre revisionistischen Satelliten in Osteuropa. Was stört es sie, daß in Griechenland eine blutige faschistische Militär-Diktatur herrscht und tausende Patrioten und Kommunisten in den Gefängnissen grausamste Folter erleiden. Von den kapitalistischen Westmächten war es nicht anders zu erwarten. Und Lob gebührt den norwegischen Leichtathleten, die zum Boykott der Europameisterschaften aufriefen. Wie widerlich dagegen das Verhalten der DDR. In seiner sklavischen Sucht nach Prestige und Anerkennung durch die kapitalistischen Staaten, ist das Ulbricht-Regime bereit, auch den letzten Funken eines Gedankens im Sinne des proletarischen Internationalismus im Keim zu ersticken. Ist es bereit, die

Herrschaft der grausamsten Faschisten anzuerkennen.

Allein die Volksrepublik Albanien lehnte es als sozialistisches Land konsequent ab, sich durch eine Teilnahme an den Leichtathletik-Meisterschaften in Athen, an der Aufwertung des faschistischen Militärregimes zu beteiligen.

Wer schoß wirklich?

Mit Schamenz und Feuereifer knüppelt Westdeutschlands Polizei auf NPD-Gegner ein. Nur wenige Beispiele: In Flensburg gingen mehrere Hundertschaften der Polizei mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummiknüppeln gegen rund 5000 NPD-Gegner vor. In Recklinghausen setzte man gegen 3000, die gegen eine Thadden-Kundgebung protestierten, neben Wasserwerfern auch Reiterstaffeln ein. In Bielefeld verbündete sich die Polizei mit NPD-Ordern, die mit Stangen auf Demonstranten einschlugen und nahm 18 Demonstranten fest. Zahlreiche Anti-NPD-Demonstranten wurden verletzt.

In Kassel kam es anlässlich einer Anti-NPD-Kundgebung zu einem Überfall, bei dem 2 Demonstranten von einem bisher unbekannten Mann, der sich als Polizist ausgab, angeschossen wurden. Nach offizieller Version soll es sich bei dem Täter um einen NPD-Angehörigen handeln. Verschiedene Anzeichen: die Tatwaffe, eine 7,65-mm-Mauser-Pistole, der Mann gab sich gegenüber einem Kraftfahrer schon vorher als Zivilpolizist aus, deutet jedoch darauf hin, daß es sich bei dem Schützen um einen Polizisten handelt. Sollte das der Fall sein, wird man des Täters wohl kaum habhaft werden.

Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6-6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 "	
14,30-15 h	32,41 "	
16-16,30 h	32,41 "	
18-18,30 h	32,41 "	
19-19,30 h	41,50 "	
21,30-22 h	41,50 "	
23-23,30 h	41,50 "	215 Meter

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8

40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8

und 31,7 m

Zeitschriften aus China

Peking Rundschau

(Wochenschrift)

China im Bild

(Monatsschrift)

Zu beziehen durch:

Guozi Shudian

Vertriebszentrum Chinesischer Publikationen, Postfach 399, Peking, Volksrepublik China.

China

HSINHUA-Nachrichten

2000 Hamburg 13, Mittelweg 22 b

Rote Fahne

Zentral-Organ der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs. Erscheint monatlich. Herausgeber: Franz Strobl, 1150 WIEN XV, Goldschlagstraße 64/5

Revolutionärer Weg

Theoretisches Organ der KPD/ML zu beziehen durch: Franz Wennig, 4 Düsseldorf-Gerresheim, Schönaustraße 29.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands /
Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg